



KPÖ-EINSATZ FÜR STEIRISCHE FAMILIEN

Kürzung für Eltern zurückgenommen

Seite 2-3



Foto: Kaja Avberšek, Creative Commons 2.0

Weststeirisches
ECHO

Aus der Region –
für die Region
Seite 11 bis 15

Der Winter hat uns diesmal besonders lange begleitet.
Umso größer ist die Vorfreude auf wärmeres Wetter.
Die Steirische Volksstimme und die KPÖ Steiermark wünschen allen
Leserinnen und Lesern frohe Ostern und einen sonnigen Frühlingsbeginn.

ZITIERT

Das Regierungsprogramm schwächelt enorm, wo es um armutsgefährdete Menschen geht. Es ist ein Programm für die Starken und Fitten. Michael Landau, Caritas-Präsident, Kurier, 24.12.2017

Die neue Regierung ist der politisch personifizierte Zeitgeist. Bedrückend ist, dass Rot und Grün geistlos am heutigen Zeitgeist mitgebastelt haben. Robert Menasse, Schriftsteller, Der Standard.

In ihrem Unwillen, den verschärften Klassenkampf anzuerkennen, schwafeln Kommentatoren weiter endlos von Verschwörungstheorien. Yanis Varoufakis, Ex-Finanzminister Griechenlands, Der Standard



„Was im Regierungsprogramm (von ÖVP und FPÖ, d.Red.) zur EU geschrieben steht, passt uns als Kommission zu fast 100 Prozent ... das ist eine pro-europäische Regierung. So ist es!“ Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident, Die Tagespost

Die FPÖ war immer eine Pro-EU-Partei und ich bin ein glühender Europäer. Heinz Christian Strache, Vizekanzler (FPÖ) bei einer Pressekonferenz

Hinter der Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie verbirgt sich die Verteidigung von Kapital und Herrschaft, wie sie auch die vier Grundfreiheiten der EU auf wundersame Weise zementieren. Franz Schandl, Philosoph, Die Presse

Herr Kurz ... streckt sich mehr und mehr in Richtung FPÖ und läuft dabei Gefahr, ein verlängerter Brauner zu werden. Peter Turrini, Schriftsteller, Der Standard, 13.1.2018

Verbesserungen bei

KPÖ-Erfolg: Freibetrag für Eltern wurde

Im Sommer 2016 schaffte das Land Steiermark unter Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) überraschend die Wohnbeihilfe ab. Sie wurde durch die sogenannte „Wohnunterstützung“ ersetzt. Das brachte für fast alle Wohnbeihilfenbezieher Verschlechterungen.

Damit Betroffene nicht ohne ein Dach über dem Kopf dastehen, machte die KPÖ von Anfang an Druck gegen das neue Gesetz. Unter anderem initiierte sie eine Demonstration, bei der rund tausend Menschen in Graz auf die Straße gingen. Anfang 2017 erfolgte erste kleine Korrekturen.

Doch Familien mit geringem Einkommen blieben wesentlich schlechter gestellt als bei der Wohnbeihilfe. Denn Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) führte die Regelung ein, dass die Familienbeihilfe zum Einkommen gerechnet wird. Da die Höhe der Unterstützung vom Einkommen abhängt, waren vor allem alleinerziehende Mütter mit starken Einbußen konfrontiert.

Mit 1.1.2018 wurden die Einkommensgrenzen angehoben.

Das sorgt dafür, dass kleine Pensionserhöhungen nicht gleichzeitig zu einer Verringerung der Wohnunterstützung führen. Für Familien mit Kindern gelten nun Freibeträge, die nicht zu einer Verringerung der Beihilfe führen.

Erfolgreicher Protest

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler hat Landesrätin Kampus schon 2016 tausende Unterschriften für die Rücknahme der familienfeindlichen Regelung übergeben. Die KPÖ-Abgeordnete ist erfreut, dass die Landespolitik eingelenkt hat: „Die Neuregelung der Wohnunterstützung zeigt, dass die Kritik der KPÖ richtig war. So lange es kein ausreichendes Angebot an erschwinglichen Wohnungen gibt, ist diese Beihilfe für viele die einzige Möglichkeit, sich ein

Dach über dem Kopf leisten zu können. Der Widerstand gegen dieses Gesetz war notwendig und richtig. Sonst wäre nämlich gar nichts geschehen.“

Familienbeihilfe ist für die Kinder da

„Die Familienbeihilfe wurde geschaffen, um Kinderarmut zu verhindern. Deshalb haben wir in den vergangenen Monaten immer wieder auf diesen Mischstand hingewiesen und eine Reparatur der Bestimmungen gefordert. Es ist wichtig, sich gegen soziale Verschlechterungen und Ungerechtigkeiten zu wehren. Am Beispiel Wohnunterstützung sieht man: Widerstand wirkt!“, so die Grazer

Gesetzesreparatur

Seit 1.1.2018 werden bei der Wohnunterstützung für Kinder Freibeträge vom Einkommen abgezogen. Für das erste minderjährige Kind 130 Euro, für das zweite 175 und für jedes weitere minderjährige Kind 220 Euro.



Großdemonstration in Graz gegen die Verschlechterung bei der Wohnbeihilfe.

Wohnunterstützung

erreicht

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

8.000 Haushalte weniger

Trotz alljährlich überdurchschnittlich steigender Wohnkosten beziehen nur noch 23.000 steirische Haushalte Wohnunterstützung. Das sind um 8.000 Haushalte weniger als vor der Einführung der Wohnunterstützung anstelle der Wohnbeihilfe im Sommer 2016.

Die SPÖ-Landesrätin hat der KPÖ wiederholt „Panikmache“, „Populismus“ und „Unredlichkeit“ vorgeworfen. Die Zahlen beweisen aber – ebenso wie die wiederholten Änderungen des Gesetzes, dass hier eine verschlechternde Neuregelung beschlossen worden war.



Erfolgreiche Aktionen der KPÖ gegen die Kürzungen bei der Wohnbeihilfe.



Unterschriftenaktion in der Grazer Herrengasse



LAbg. Claudia Klimt-Weithaler übergab Landesrätin Kampus tausende Unterschriften gegen Schlechterstellung durch die Wohnunterstützung.

Wir fordern (nach wie vor):

▶ Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe!

▶ Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen statt Freibetrag!



Für eine Offensive beim öffentlichen Wohnbau!

In den letzten Jahren wurden immer weniger Wohnungen aus den Mitteln der Wohnbauförderung errichtet, obwohl die Abgabe unverändert geblieben ist. Deshalb tritt die KPÖ dafür ein, die Zweckwidmung dieser Mittel wieder einzuführen. Mehr Geld

für den öffentlichen Wohnbau ist dringend nötig.

Seit die Wohnbauförderung ins Budget fließt, geht der soziale Wohnbau zurück. Dabei wäre er angesichts explodierender Wohnkosten besonders in den Ballungsräumen wichtiger denn je.

KLEIN, aber MIT BISS



In der Regierung wird man schnell vergesslich. Die FP hat darauf vergessen, was die Arbeiter brauchen.

Aus dem Inhalt

Landesbudget	4
Schärfere Regeln bei Wetten4/5	6
Energiebonus.....	6
Fernwärme.....	7
Petitionen an den Landtag	8
Spitalsschließungen	9
Smart-Meter-Zwang?	10
Aus der Weststeiermark ...	11-15
Olympia in der Steiermark?	16/17
Notstandshilfe oder Hartz IV	18
80 Jahre Einmarsch	19
Termine, Impressum	21-23
Kinderferien.....	24

Land kürzt bei Obdachlosen

Der steirische Landtag hat am 16. Jänner 2018 Änderungen bei der Mindestsicherung beschlossen. Der gravierendste Eingriff betrifft Obdachlose: Sie haben nach Ansicht von Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) keinen Wohnbedarf. Deshalb wird ihnen die Unterstützung um 25 % gekürzt. Die KPÖ protestiert dagegen.

Bisher konnten Wohnungs-

lose in Absprache mit sozialen Einrichtungen einen Teil ihrer Mindestsicherung ansparen, um möglichst bald wieder eine Wohnung zu finden und für diese auch die Kaution bezahlen zu können. Dieser Anteil wird nun ersatzlos gestrichen. Seit 2011 gibt es laufend Kürzungen bei der Mindestsicherung. Zuletzt wurden in der Steiermark die Mindeststandards für Kinder reduziert.



Nach jahrelangem Druck der KPÖ:

Ab 2018 schärfere

Mehr Jugendschutz und Kontrolle bei Sportwetten – KPÖ kritisiert aber 80-Prozent-Senkung der Abgabe auf Terminals

Jahrzehntlang war in der Steiermark nicht nur das Glücksspiel, sondern auch der Bereich der Sport- und Livewetten gesetzlich völlig unzureichend geregelt. Für Spielsüchtige und Jugendliche existierten kaum Schutzmaßnah-

men. Nach jahrelangem Druck der KPÖ beschloss der Landtag endlich ein strengeres Gesetz für Sportwetten. Livewetten werden – mit wenigen Ausnahmen – verboten.

Die KPÖ hat jahrelang darauf gedrängt, den Bereich der Wetten neu zu regeln. Schutzmaßnahmen existierten kaum, dazu kamen Wetten auf fragwürdige „sportliche“ Ereignisse wie Hunderennen, die nur zum Abschluss von Wetten abgehalten wurden. Dem wird mit dem neuen Gesetz ein Riegel vorgeschoben:



„Land wird Schritt für Schritt zugesperrt“

Krankenhäuser und Schulen sollen geschlossen werden, bei sozialem Wohnbau und Öffentlichem Verkehr wird gekürzt. Schulterchluss von SP, VP, FP und Grünen gegen KPÖ-Vorschlag für niedrigere Polit-Einkommen.

Die KPÖ stimmte gegen das steirische Landesbudget für 2018. LAbg. Werner Murgg begründete, warum die Budgetpolitik von SPÖ und ÖVP in die falsche Richtung weist.

Werner Murgg stellte in seiner Rede zum Landshaushalt die Politik der Kürzungen bei der öffentlichen Infrastruktur infrage: „Krankenhäuser, Schulen, Wohnbeihilfe, Öffentlicher Verkehr, Kultur, sozialer Wohnbau – überall wird gekürzt statt investiert, weil angeblich zu wenig Geld da ist. Wir haben ein Problem, weil der Staat fast nur noch über die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer finanziert wird – in Summe 67,2 %.

Würden Gewinne und Vermögen angemessen besteuert, hätten wir kein Budgetproblem. Das kann man nicht oft genug sagen! Ohne eine ernsthafte Besteuerung von Vermögen und Gewinnen, ohne ein neues



Werner Murgg hielt die Budgetrede der KPÖ.

Konzept zur Finanzierung von Pflege und Gesundheit, wird die Steiermark Schritt für Schritt zugesperrt.

Wenn die Schulden abgebaut werden sollen, ohne neue Einnahmen zu erschließen, dann können wir die Steiermark zu sperren. Darüber denken aber

SPÖ, ÖVP und FPÖ gar nicht nach. Stattdessen ist schon wieder von Privatisierungen die Rede, diesmal von Immobilien des Landes.

Das oberste Prozent besitzt 40,5 % des Reichtums in Österreich. Dieses eine Prozent besitzt so viel, wie die österreichischen Staatsschulden ausmachen – ca. 300 Milliarden Euro. Daran sieht man, was im Staate Österreich falsch läuft.“

Die Vorschläge der KPÖ

Die KPÖ brachte drei Anträge zum Budget ein. Im ersten, der aufgrund der Ablehnung von SPÖ, ÖVP und FPÖ keine Mehrheit fand, werden einnennenseitige Budgetmaßnahmen gefordert, bei deren Umsetzung das Land seit langer Zeit säumig ist:

- Einführung einer Nahverkehrsabgabe für Unternehmen nach dem Vorbild der Wiener „U-Bahn-Steuer“, zweckgebunden für den öffentlichen Personennahverkehr in der Steiermark
- Einführung einer Parkplatzabgabe

- Einführung einer Naturnutzungsabgabe („Schottersteuer“)

Unkontrollierbar

Im zweiten Antrag thematisierte die KPÖ die mangelnde Transparenz des Landesbudgets. Durch die neue Budgetstruktur ist nicht mehr nachvollziehbar, welche Ausgaben wofür getätigt werden. Details sind derzeit für den Landtag und die Öffentlichkeit unsichtbar. Die KPÖ forderte deshalb, spätestens bei der Erstellung des Budgets 2019 unter anderem eine Kosten- und Leistungsrechnung, Detailbudgets der 2. Ebene (zumindest elektronisch), ein Verzeichnis veranschlagter Konten, Beilagen mit Erläuterungen zu Rücklagenentnahmen einzuschließen. ÖVP und SPÖ lehnten den Antrag ab.

Kürzung der Politbezüge

Die KPÖ beantragte, die Bezüge der Landespolitiker um 30 Prozent zu kürzen. Dadurch könnten 2,5 Mio. Euro im Budget gespart werden. Nicht nur SPÖ und ÖVP, auch FPÖ und Grüne stimmten gegen diesen Antrag.

Regeln bei Wetten



- Wettkunden müssen sich nun unter Vorlage eines Ausweises eine Karte ausstellen lassen.
- Personen unter 18 Jahren sind von Wetten ausgeschlossen.
- Eine Selbstsperre ist ohne Angabe von Gründen möglich. Darüber hinaus muss der Wettanbieter von sich aus Kunden sperren, wenn diese durch Wetten ihre Existenz gefährden.
- Verboten sind künftig Wetten während laufender Ereignisse („Livewetten“), ausgenommen auf das Ergebnis, sowie Wetten, welche die Menschenwürde verletzen (z.B. auf tödliche Unfälle bei Sportereignissen) oder auf Kinder und Jugendliche abzielen.

Lediglich eine Obergrenze für Einsätze konnte die KPÖ nicht durchsetzen. Dennoch stellt das „Wettengesetz 2018“ einen großen Fortschritt gegenüber der derzeitigen Regelung dar.

KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler: „Es ist erfreulich, dass das Land den Bereich der Wetten endlich ernsthaft regelt und Schutzbestimmungen einführt. Wir setzen uns seit einem Jahrzehnt dafür ein. Entscheidend ist, dass das Land auch die Einhaltung der Bestimmungen durchsetzt. Bei den

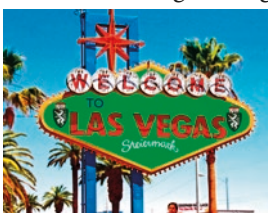
Spielautomaten ist das bisher nicht gelungen.“

Keine Zustimmung zum Wettterminalabgabengesetz 2018

Gleichzeitig hat der Landtag auch das Wettterminalabgabengesetz geändert. Die Wirtschaftskammer hatte die angeblich „prohibitiv hohen“ Abgaben von 1100 Euro je Terminal und Monat kritisiert. Auf diesen Zuruf hin wird diese Abgabe auf 175 Euro gesenkt. Dies läuft allen Bemühungen zuwider, das Glücksspielangebot insgesamt zu reduzieren. Die KPÖ hat deshalb gegen das Abgabengesetz gestimmt.

Weiter Missstände bei Spielautomaten

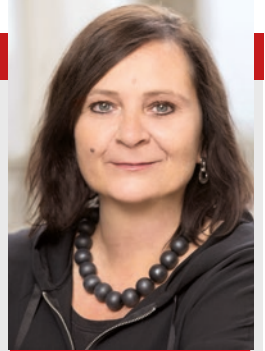
Grobe Missstände herrschen nach wie vor im Zusammenhang mit dem Automatenglücksspiel. „Die Probleme mit den hundert illegalen Automaten waren vorhersehbar. Nun ist es für Spielsüchtige, die ihr Geld an Automaten verspielen, teilweise sogar schlimmer geworden, weil die Anbieter abseits jeglicher Legalität agieren. Die Landesregierung wird darauf achten müssen, dass es bei den Sportwetten nicht zu solchen Entwicklungen kommt“, so Klimt-Weithaler.



LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Automatenglücksspiel ruiniert Existenzen



Derzeit berät der steirische Landtag über eine Novelle des Glücksspielgesetzes. Es geht vor allem um Anpassungen an EU-Recht. Die KPÖ wird die Gelegenheit nutzen, um den Ausstieg aus dem „kleinen Glücksspiel“ zu fordern.

Dass das Automatenspiel tausende Existenzen ruiniert und den dahinter stehenden Konzernen Milliarden Gewinne verschafft, ist allgemein bekannt. Der Landtag hat in der vergangenen Periode trotzdem ein Gesetz beschlossen, das Spielsüchtigen beinahe unbegrenzte Einsätze erlaubt: Bis zu 36.000 Euro können in einer Stunde verspielt werden. Für dieses Gesetz haben SPÖ, ÖVP und FPÖ gestimmt.

Betroffen sind nicht nur Spielsüchtige, sondern auch deren Angehörige, für die kein gesetzlicher Schutz vorgesehen ist. In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder Frauen getroffen, die schon am zweiten Tag des Monats nicht wissen, wie sie den Kindern ein Essen auf den Tisch stellen sollen, weil das Einkommen bereits in Automaten gelandet ist. Weil diese Familien auf dem Papier über ein ausreichendes Einkommen

verfügen, können sie auch keine finanzielle Hilfe bekommen. Das Argument der „Eigenverantwortung“ geht hier ins Leere.

Begründet wurde diese Regelung mit der Notwendigkeit, ein legales Angebot zu schaffen. Das würde dem Wildwuchs ein Ende bereiten. Diese Erwartung hat sich aber nicht erfüllt. Neben den legalen gibt es hunderte illegale Automaten von Aufstellern, die mit den Behörden Katz und Maus spielen. Es ist dringend notwendig, diesem Treiben ein Ende zu setzen.

Der steirische Landtag könnte anlässlich der Novelle des Steiermärkischen Glücksspielgesetzes ein Zeichen setzen und sich zu einem Ausstieg aus dem fragwürdigen Geschäft, für das das Land zuletzt 18 Millionen Euro vom Bund bezogen hat, entschließen. Das wäre mit dem Auslaufen der Genehmigungen 2028 möglich. So lange gelten die Bewilligungen der drei legalen Anbieter, die über enge Verbindungen zur steirischen Landespolitik verfügen.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Förderung für die Parteien im Nationalrat. Im Europaparlament, in Ländern oder Städten gibts Extra-Parteienförderungen.

ÖVP	18,5 Millionen Euro/Jahr
SPÖ	16,2 Millionen Euro/Jahr
FP	15,6 Millionen Euro/Jahr
Neos	5,3 Millionen Euro/Jahr
Pilz	4,8 Millionen Euro/Jahr

(Quelle Wiener Zeitung)

Nur KPÖ für Energiebonus

Pensionen – Ausgleichszulage netto

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 863,04
 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.293,98
 Erhöhung pro Kind:€ 133,16

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 863,04
 Volljährige im gemeinsamen Haushalt.....€ 647,28
 ab 3. volljährige Person: € 431,52
 1. bis 3. Kind:€ 155,35
 ab dem 4. Kind:€ 129,46

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben). **Rezeptgebühr** steigt 2018 auf 6,00 Euro.

Geringfügigkeitsgrenze

€ 438,05 Euro /Monat

GIS-Gebührenbefreiung/ Telefonentgeltzuschuss:

1 Person:€ 1.018,55
 2 Personen:€ 1.527,14

für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 157,16

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 172,40;
 über 3J: € 180,30, über 10J: € 199,90, über 19J: € 223,50
 Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 7,10, bei 3 um € 17,40 bei 4 um € 26,50 bei 5 um € 32,00, bei 6 um € 35,70 bei 7 um € 52,00. Im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

Pflegegeld unverändert zu 2017:

Stufe 1: € 157,30 65h/Monat
 Stufe 2: € 290,00 95h/Monat
 Stufe 3: € 451,80 120h/Monat
 Stufe 4: € 677,60 160h/Monat
 Stufe 5: € 920,30 180h/Monat
 Stufe 6: € 1285,20 über 180h/M
 Stufe 7: € 1688,90 über 180h/M

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin Gruber
 Tel. 0316/
 877-5101,
 E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at



Trotz satter Gewinne fand sich keine Zustimmung für die KPÖ-Forderung nach einem Energiebonus für die steirischen Haushalte.

Im Jahr 2008 wurde den steirischen Haushalten ein Energiebonus gewährt. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg forderte dies auch für das Jahr 2018.

Die steirischen Haushalte bei den Energiekosten entlasten – angesichts der satten Gewinne der Energie Steiermark und der starken Teuerung beim Wohnen wäre das dringend ge-



boten, findet die KPÖ. Sämtliche anderen Parteien im Landtag blockten ab.

55 Millionen Euro Gewinn wurden an die beiden EStAG-Eigentümer – den australischen Investor Macquarie und das Land Steiermark – ausgeschüttet. Ein Großteil

davon wird über die Energiepreise bei den steirischen Haushalten eingekassiert. Der operative Gewinn

wurde 2016 von 88 Millionen auf 117,4 Millionen Euro gesteigert. Einen Energiebonus für die steirischen Haushalte forderte deshalb die KPÖ. Alle anderen Parteien lehnten das jedoch ab.

„Ein solcher Energiebonus wäre nichts ungewöhnliches“, so KPÖ-Mann Werner Murgg. Schon 2008 hat es einen Strom- bzw. Gasbonus für steirische Haushaltskunden gegeben. „Gerade die Wohnkosten sind der größte Preistreiber. Angesichts der Preiserhöhungen bei der Fernwärme wäre der Energiebonus eine wichtige Entlastung für die Haushalte“, meint der Kommunist.

So will die KPÖ die Teuerung von Bahn, Bus und Bim bremsen

In der Steiermark wird der Öffentliche Verkehr zum Luxus. Die jährliche Tarifierhöhung liegt weit über der offiziellen Teuerung.

Vertraglich ist gedeckt, dass die Tarife jedes Jahr um das 1,75-fache der Teuerungsrate steigen können. Am 1. Juli 2018 findet der nächste Preisschub statt. Das will die KPÖ ändern.

„Das 1,75-Fache der Inflation ist möglich – und wird vom Verkehrsverbund fast immer voll ausgeschöpft“, kritisiert die KPÖ. So soll ab 1. Juli die Stundenkarte 2,40 Euro kosten und die Jahreskarte um ganze 18 Euro teurer werden. Im Lenkungsausschuss des Verkehrsverbunds, in dem alle wesentlichen steirischen Verkehrsunternehmen zusammengeschlossen sind, wurde das vereinbart. Auch das Land und die Städte Graz, Kapfenberg und Leoben sind dort mit Stimmrecht vertreten.

Die KPÖ setzt sich im Landtag und in den drei genannten Städten

dafür ein, dass von der Preiserhöhung abgerückt wird. Alle reden vom Feinstaub und der Umweltverschmutzung, aber Bus, Bahn und Bim werden so für viele nicht zur attraktiven Alternative zum Auto.

„Ziel der günstigeren Jahreskarte ist eine attraktive Preisgestaltung, die zum Umsteigen auf die ÖV motiviert. Dieser Kurs muss beibehalten werden“, so der Grazer KPÖ-Verkehrssprecher Manfred Eber.

Landtag: Außer KPÖ alle für Teuerung

Die Teuerung trifft die gesamte Steiermark. Die KPÖ machte

deshalb auch im Landtag gegen die Teuerung mobil. Am 6. März stimmten allerdings alle Fraktionen – SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne – gegen den KPÖ-Antrag, 2018 auf eine weitere Verteuerung über der Teuerungsrate zu verzichten.

Stadt Graz steuert dagegen

„Um die rasante Preisentwicklung abzufedern, wendet die Stadt Graz viel Geld auf“, betont die Grazer Verkehrsstadträtin Elke Kahr (KPÖ). Mit der „SocialCard Mobilität“ können wirtschaftliche schwache Grazer und Grazerinnen die Grazer Linien um 50 Euro pro Jahr benutzen. Mit dem Mobilitätsscheck können Studierende unter 27 die vier, fünf oder sechs Monate gültigen Studienkarten vergünstigt erwerben. Der wichtigste Erfolg der KPÖ: 2015/16 ist es gelungen, Bürgermeister Nagl und die ÖVP davon zu überzeugen, die Jahreskarte in Graz zum Preis einer Halbjahreskarte anzubieten. Die steigenden Verkaufs- und Fahrgastzahlen haben der KPÖ recht gegeben.



Fernwärme: Deshalb droht neuerliche Teuerung

Prestigeprojekt und Preisentwicklung weit über der Inflationsrate lassen die Kosten für Fernwärme in den Himmel schießen.

Haushalten im Großraum Graz droht noch in diesem Jahr eine Erhöhung des Fernwärmepreises um 5,6 Prozent. Und das ist nur der Anfang einer Teuerungswelle, warnt KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Der Grund dafür war am 6. März Thema einer Dringlichen Anfrage der KPÖ an LH-Stellvertreter Michael Schickhofer (SPÖ).

Der Fernwärmebedarf in Graz beträgt an kalten Tagen ca. 520 MW. Derzeit wird der Bedarf vor allem durch das Verbund-Kraftwerk in Mellach (230 MW) gedeckt, weitere Einspeiser sind das Fernheizkraftwerk Puchstraße (185 MW), Sappi in Gratkorn (35 MW) und weitere kleinere Fernwärme-Erzeuger. Während eine MWh in Mellach 19 Euro kostet, liegt der Preis der Fernwärme aus der Puchstraße bei 29 Euro / MWh und bei Sappi bereits bei 38 Euro.

2020 läuft der Vertrag zwischen dem Verbund und der Energie Steiermark aus. Mellach wird dann aus heutiger Sicht keine Fernwärme mehr ins Grazer Netz einspeisen. Um den Bedarf decken zu können, könnte die Energie Steiermark Fernwärme über die geplante Anlage namens BIG Solar decken. Nicht nur deren Errichtungskosten sind sehr hoch, auch der Erzeugungspreis würde weit über jenem der bestehenden Anlagen liegen. Somit wäre eine starke Preiserhöhung unumgänglich. LH-Stellvertreter Schickhofer betonte aber in seiner Anfragebeantwortung, dass BIG Solar nur dann als Partner der Energie Steiermark in Frage kommt, wenn zu konkur-

renzfähigen Preisen produziert werden kann. Dies sei nur mit einer finanziellen Beteiligung des Bundes möglich.

LAbg. Werner Murgg: „Wir treten für eine vernünftige Einigung mit dem Verbund über eine Fernwärmelieferung über 2020 hinaus ein. Dafür sollte eine zweite Fernwärmeleitung von Mellach nach Graz errichtet werden. Prestigeprojekte wie BIG Solar würden die Grazer Bevölkerung teuer zu stehen kommen.“

Zweite Fernwärmeleitung

Um einer starken Preiserhöhung bei der Fernwärme einen Riegel vorzuschieben, forderte die KPÖ Eigentümervertreter LH-Stv. Schickhofer auf, sich bei der Energie Steiermark dafür einzusetzen, den Fernwärme-Arbeitspreis für Haushalte langfristig unterhalb der jeweiligen Verbraucherpreisindex-Steigerung zu halten.

In einem weiteren Antrag forderte die KPÖ auch den Bau einer zweiten Fernwärmeleitung von Mellach nach Graz, um den zu erwartenden Mehrbedarf an Fernwärme auch über 2020 hinaus abzudecken zu können, sowie die Verlängerung der Verträge mit dem Verbund. Die Forderungen wurden von allen anderen Parteien abgelehnt.



MEINUNG

KPÖ-LAbg. Werner Murgg

Fernwärme muss auf Dauer leistbar bleiben!



Die Energie Steiermark gehört zu 75 Prozent dem Land Steiermark. Zuständiger Eigentümervertreter ist Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer (SPÖ). Seit längerer Zeit gibt es Gerüchte, dass die Energie Steiermark eine saftige Erhöhung der Fernwärmepreise plant. Der Arbeitspreis soll um 6,7 Prozent steigen. Das würde beim Endverbraucher, da die anderen Preiskomponenten gleich bleiben, eine Erhöhung um 5,6 Prozent bedeuten. Weit über der Inflationsrate. Auch wenn man zugesteht, dass die Fernwärmepreise seit 2015 nicht erhöht wurden. Ich habe deshalb im letzten Landtag das Thema zur Sprache gebracht und Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer mit den geplanten Erhöhungen konfrontiert. Schließlich hat er mit vor rund einem Jahr im Landtag zugesagt, dass die Preise nicht über die Inflationsrate angehoben werden. Schickhofer hat die geplanten Erhöhungen bestätigt. Auch in den Folgejahren wird es weitere Steigerungen beim Fernwärmepreis geben – angeblich maximal in Höhe der Inflationsrate. Trotzdem darf an der Preisfront nicht Entwarnung gegeben werden. Schließlich plant die Energie Steiermark im Süden von Graz das Projekt BIG Solar, wo aus Sonnenenergie mittels eines riesigen Speicherteichs Fernwärme erzeugt werden soll. Das Projekt

kostet 200 Millionen Euro. Seriöse Berechnungen zeigen, dass dieses Projekt beim Fernwärmepreis einen weiteren Schub nach oben auslösen würde. Außerdem ist dieses Projekt keineswegs, wie immer behauptet wird, CO₂-frei, da das Wasser des Teichs mit Wärmepumpen und einem Kraftwerk nachgeheizt werden muss, um es fernwärmetauglich zu machen. Da wäre es meiner Meinung nach vernünftiger, mit dem Verbund langfristige Verträge abzuschließen, um auch nach 2020 günstige Fernwärme aus den Stromkraftwerken in Mellach, quasi als Nebenprodukt, beziehen zu können. Michael Schickhofer hat zugesagt, dass das Projekt BIG Solar nur dann realisiert werde, wenn sichergestellt sei, dass die dort erzeugte Fernwärme zu keiner Preiserhöhung über dem Verbraucherpreisindex (VPI) führt. Dass der Sache trotzdem nicht ganz zu trauen ist, zeigte das Verhalten der Parteien zu einem KPÖ-Antrag. Wir haben gefordert, dass sich Michael Schickhofer bei der Energie Steiermark dafür einsetzen soll, den Arbeitspreis für Fernwärme-Haushaltskunden langfristig unter der jeweiligen VPI-Steigerung zu halten. Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen abgelehnt.

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
Tel. 03842 / 22670

Wohnen darf nicht **arm** machen.

www.kpoe-steiermark.at



Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ

Petitionen sind direkter Draht der Bevölkerung ins Landhaus

Wer mindestens 100 Unterschriften sammelt, kann sein Anliegen mittels einer Petition an den Landtag herantragen. **Vorsitzende des Petitionsausschusses ist KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.**

Von der Möglichkeit einer Petition an den Landtag machen immer mehr Menschen Gebrauch. Die KPÖ unterstützt sie dabei. 2016 waren es 28 Petitionen, mit denen sich die Abgeordneten befasst haben. Neu in dieser Periode ist, dass alle, die 100 Unterschriften sammeln, ihre Petition vor den Abgeordneten und dem zuständigen Regierungsmitglied persönlich vorstellen dürfen.

Die 28 im vergangenen Jahr eingebrachten Petitionen umfassen Themen wie Gesundheit, Sicherheit und die Unterbringung von Flüchtlingen in der Steiermark. Elf Petitionswerberinnen und -werber stellten ihr Anliegen persönlich im Landtag vor.

Die KPÖ hat eine Broschüre erstellt, in der die Abläufe genau erklärt werden. Auch andere Instrumente der direkten Demokratie werden darin vorgestellt. Leider ist das Volksrechtsgesetz mangelhaft, die meisten Mittel sind für die Bürgerinnen und Bürger zu kompliziert und aufwendig, gleichzeitig gibt es keine Verbind-

lichkeit, was die Umsetzung von Anliegen anbelangt. Petitionen sind dagegen einfach ohne großen Aufwand einzubringen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Der Petitionsausschuss ist der direkte Draht der Steirerinnen und Steirer in den Landtag. Ich möchte allen Mut machen, sich für ihre Anliegen einzusetzen. Der Leitfaden soll dafür eine Unterstützung anbieten. Ich achte darauf, dass die Anliegen von der Landespolitik ernst genommen werden.“

mitmachen
beteiligen



Petitionen an den Landtag Steiermark:

Die KPÖ unterstützt Sie dabei, Ihr Anliegen in den Landtag zu bringen. Informationen gibt es unter <https://www.kpoe-steiermark.at/petitionsausschuss.phtml> oder beim Landtagsklub der KPÖ, Tel. 0316/877-5104, bzw. Direktion Landtag Steiermark 8010 Graz-Landhaus Tel. +43 316 877-6309 www.landtag.steiermark.at/



EUropa auf Kriegskurs



Die EU setzt auf Hochrüstung. Die EU-Reden und Beschlüsse der letzten Wochen zeigen: Die EU ist kein Friedensprojekt. Und Österreich macht bei diesem gefährlichen Kurs mit. Der letzte EU-Gipfel hat den Hochrüstungskurs der EU bekräftigt. Seither ist einiges geschehen, was die Öffentlichkeit noch mehr alarmieren sollte. Der französische Präsident Macron erklärte, Europa brauche eine gemeinsame Eingreiftruppe und es müsse über einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt verfügen.

Was ist die SSZ?

Im November 2017 ist Öster-

reichs Regierung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) der EU beigetreten. Was ist diese SSZ? Die SSZ bedeutet die Bildung eines militärischen Kerneuropas, in der sich jene EU-Staaten zusammenschließen, „die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind.“ Mit der Teilnahme an der SSZ ist ein weiterer massiver Anschlag auf die immerwährende Neutralität Österreichs, die im Verfassungsrang steht.

<http://www.selbstbestimmtes-österreich.at>

Für ein lebenswertes Österreich

Nein zur Regierung der Industriellenvereinigung!
Demokratisch – Sozial – Souverän – Neutral

Samstag, 28. April 2018 - 10:00

Ort Kongressaal Arbeiterkammer OÖ, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Schließung von Spitälern wird vorbereitet

„Gesundheitspolitischer Kahlschlag“

Am 12. Dezember 2017 wurde im steirischen Landtag eine neue Fassung des Krankenanstaltengesetzes beschlossen. SPÖ und ÖVP stimmten für den Entwurf. Die KPÖ lehnt den Entwurf ab, weil er die Grundlage für einen radikalen Abbau der medizinischen Versorgung schafft.

Die Änderungen werden vorgenommen, damit die Schließung eines Großteils der öffentlichen Spitäler rechtlich möglich wird. Vor 2015 existierten noch 15 Krankenhäuser in der Steiermark, künftig sollen es nur noch sieben sein.

Kritik am Gesetz wird u.a. von der Medizinischen Universität Graz geübt:

- Die Ausdünnung des Angebots in den steirischen Regionen wird zu einer Überlastung des Zentralkrankenhauses in Graz führen. Die Medizinische Universität Graz spricht deutlich von einer potentiellen „Verschlechterung der Versorgungsqualität“.
- Die langen Anfahrtswege von teilweise über einer Stunde werden zu wenig berücksichtigt.
- Selbst im Uni-Klinikum Graz ist zu gewissen Zeiten nur noch eine Rufbereitschaft anstatt der verpflichtenden Anwesenheit von Fachärztinnen und Fachärzten vorgesehen.
- In den Standardkrankenanstalten ist künftig keine Chirurgie mehr verpflichtend vorgesehen. Die Ärztekammer nennt dies einen „Rückschritt in der Versorgung der Bevölkerung“.
- Für Gesundheitszentren (Primärversorgungscentren) ist im Budget gar kein Geld eingeplant, beim Gesundheitsfonds sind es lediglich 2 Mio. Euro. Dass die geschlossenen Krankenhäuser durch sie ersetzt werden, wird damit immer unwahrscheinlicher.

Um diese Kürzungen durchzusetzen, wird eine wesentliche Bestimmung aus dem Gesetz gestrichen: Bisher war ab 50.000

Menschen in einem Einzugsgebiet eine Standardkrankenanstalt vorgesehen.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Mit dem Krankenanstaltengesetz wird hinter dem Rücken der Bevölkerung ein gesundheitspolitischer Kahlschlag beschlossen. Ohne dieses Gesetz wäre es gar nicht möglich, die medizinische Versorgung so weit zurückzuführen, wie es Landesrat Drexler plant. Der Bevölkerung soll wieder einmal eine Kürzungs- und Sparmaßnahme als ‚Reform‘ verkauft werden.“

KPÖ fordert Neustart der „Spitalsreform“

„Gesundheit ist eine öffentliche Verantwortung und kein Feld für Budgetexperimente. So wie die Spitalsreform jetzt geplant ist, kann für die Steiermark nichts Gutes herauskommen. Deshalb wäre ein Neustart der Verhandlungen die beste Lösung – unter Einbeziehung der Bevölkerung und des Landtags.“ – Das betont Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ.

Landeshauptmann Schützenhöfer und Spitalslandesrat Drexler lassen seit Jahren keinen Zweifel daran, dass sie extreme Maßnahmen bei der Gesundheitsversorgung vorbereiten. Die angekündigten Primärversorgungscentren werden nur zu einem sehr geringen Teil umgesetzt werden. Das ist seit dem Sommer klar, als Landesrat Drexler besorgniserregende Zahlen vorgelegt hat.

Claudia Klimt-Weithaler: „Sollte die Regierung diesen radikalen Plan zur Entsorgung der öffentlichen medizinischen Versorgung tatsächlich umsetzen



Foto: KAGES

wollen, wird sie auf erheblichen Widerstand stoßen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem ausgedünnt und ausverkauft wird.“

Zusammenfassung der steirischen „Spitalsreform“

- Minus 800 Krankenhausbetten, Wegfall von Abteilungen und Spitälern fixiert, Ersatz unklar
- Mehrere 24-Stunden-Ambulanzen fallen weg
- Keine einzige zusätzliche Stelle für Allgemeinmedizin
- Abbau der Kassenstellen von Kinderärzten, obwohl die Versorgung mangelhaft ist
- Vorerst nur 11 statt der 100 angekündigten Gesundheitszentren (Primärversorgungscentren), obwohl mindestens 30 nötig wären, um ein Mindestmaß an medizinischer Versorgung zu garantieren.
- Das gesamte Konzept beruht auf der Wunschvorstellung, der Bund und vor allem die GKK würden Kosten und Aufgaben, die bisher von der KAGES getragen wurden, zu einem großen Teil (mindestens 50 %) übernehmen. Es gibt keine Signale, dass dies auch nur ansatzweise Realität werden könnte.

So will die KPÖ das Gesundheitssystem verbessern:

- Der erste Schritt muss sein, im niedergelassenen Bereich die nötigen Strukturen aufzubauen, damit die Menschen eine sichere, medizinisch hochwertige, wohnortnahe Versorgung vorfinden. Die Kürzung der stationären Versorgung darf nur insoweit erfolgen, wenn betroffene Einrichtungen erwiesenermaßen aus medizinischer Sicht nicht notwendig sind.
- Die Versorgung muss durch kassenfinanzierte Einrichtungen gesichert sein. Privat- und Wahlärzte dürfen nicht die Kassenärztinnen und –ärzte ersetzen.
- In Einzelordinationen kann vieles an Therapien und Diagnosen abgefangen werden. Es muss ein verbindlicher allgemeiner Versorgungskatalog für die Primärversorgung definiert werden.
- Die Standorte müssen am Bedarf orientiert sein und nicht nur an der derzeitigen Inanspruchnahme.
- Die Umgestaltung des Gesundheitssystems muss offen, demokratisch und transparent diskutiert und umgesetzt werden, nicht von oben herab diktiert.

Smart Meter: Zwangsweise Umstellung droht

LAbg. Werner Murgg: „Landesregierung gesteht Steirern keine Wahlfreiheit zu“. Teuerungen und Lücken beim Datenschutz sind zu befürchten.

In naher Zukunft sollen die steirischen Haushalte mit sogenannten „intelligenten Stromzählern“ (Smart Metern) ausgestattet werden. Obwohl die EU die Möglichkeit des Verzichts („Opting Out“) vorsieht, gilt in Österreich, dass alle Haushalte mit den neuen Geräten ausgestattet werden. Diese würden allerdings auf Wunsch nur eingeschränkt aktiviert. Die KPÖ tritt für eine echte Wahlfreiheit ein

und hat dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg tritt dafür ein, dass Stromkunden ihre alten Zähler behalten können. Im Landtag Steiermark stehen SPÖ, ÖVP und Grüne jedoch hinter dem Bericht der Landesregierung, in dem der zwangsweise Austausch aller Zähler durch Smart-Meter befürwortet wird. Murgg: „Das Gesetz wird offenbar so ausgelegt, dass die Zähler auch gegen den Willen des Kunden durch Smart Meter ersetzt werden dürfen. Ob die umstrittenen Funktionen aktiviert werden oder nicht, entzieht sich der Kenntnis des Endverbrauchers.“

Mit den neuen Stromzählern wird eine Flut an Daten gewonnen, die sich der Kontrolle durch die Stromkunden entziehen. Die Geräte sind wartungsintensiver als die bisher eingesetzten Ferraris-Zähler und haben eine



Der gute alte Stromzähler kann nur den Energieverbrauch zählen. Die neuen Smartmeter vertragen den Energiekonzernen unsere Lebensgewohnheiten.

wesentlich kürzere Lebensdauer. Dadurch relativiert sich bei flächendeckendem Einsatz der vermeintliche energiepolitische Nutzen dieser Technologie. Auch Fragen in Zusammenhang mit Manipulationen, etwa durch Hackerangriffe, bleiben unbeantwortet.

Die Zähler müssen zwar beim Einbau nicht selbst bezahlt werden, die Energiekonzerne werden sich das Geld aber über die Netzkosten zurückholen, also indirekt über den Strompreis.

AKTUELLE WERTE AUS DER SOZIALVERSICHERUNG

Die Geringfügigkeitsgrenze beträgt 438,05 Euro, die Höchstbeitragsgrundlage 5.130,00 Euro, die Mindestpension für Alleinstehende 909,42 Euro und die Mindestpension für Ehepaare 1.363,52 Euro monatlich.

ABSCHAFFUNG DES PFLEGEREGRESSES

Seit 1.1.2018 ist ein Zugriff auf das Vermögen von in stationären Pflegeeinrichtungen aufgenommenen Personen, deren Angehörigen, Erben und Geschenknehmern im Rahmen der Sozialhilfe zur Abdeckung der Pflegekosten unzulässig.



Weitere Informationen über den Smart Meter erhalten Sie unter www.stop-smartmeter.at

KPÖ gegen größere Gruppen in Kinderkrippen

Bei der Betreuung und Bildung von Kindern bis zum Eintritt in die Volksschule darf der Ausbau des Angebots nicht auf Kosten der Qualität gehen.

Nicht nur in der Schule, auch in Kinderbetreuungs- und Kinderbildungseinrichtungen ist eine kleine Gruppengröße vorteilhaft. Das betonte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler im steirischen Landtag. Für Unter-Dreijährige wird ein Betreuungsschlüssel von 1:3 bis 1:3,5 als optimal bewertet. Die Gruppengröße sollte jedenfalls höchstens 5 bis 8 Kinder betragen. Für 3- bis 6-Jährige erhöht sich dieses Verhältnis gem. Österr. Institut für Familienforschung für Ganztagskinder

auf 1:7,5 und für Halbtagskinder auf einen Schlüssel von 1:10 bis 1:12,5.

Deshalb forderte die KPÖ in einem Antrag, die vorgesehene Höchstzahl an Kindern in Kinderkrippen nicht zu erhöhen und die Mindestanzahl an Betreuungspersonen nicht zu reduzieren. Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP angelehnt.

Klimt-Weithaler: „Es ist bedauerlich, dass es von SPÖ und ÖVP im Landtag nicht einmal ein Bekenntnis zu den derzeitigen Qualitätsstandards gibt. Das lässt befürchten, dass der dringend nötige Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen über kurz oder lang zu größeren Gruppen führt.“



Kleine Gruppen sind besser.

Tag der offenen Konten

Zwei Millionen Euro für Menschen in Notlagen

Seit 20 Jahren spenden KPÖ Mandatäre den Großteil ihres Polit-Einkommens an Menschen in Notlagen. Seither sind fast zwei Millionen Euro „umverteilt“ worden. Am Tag der Offenen Konten werden die Daten offengelegt.

Zum 20. Mal legten die Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ am „Tag der offenen Konten“ die Verwendung ihrer Bezüge offen. Seit Ernest Kaltenegger 1998 Stadtrat in Graz wurde, wird bei der KPÖ ein Großteil der Polit-Bezüge für Menschen in Notlagen verwendet. In Summe wurde seit damals mit insgesamt 1.951.002,38 Euro 14.749 Familien und Personen geholfen.

Auch bedürftigen und finanziell in Not geratenen Menschen in der Weststeiermark kommt der KPÖ-Sozialfonds zugute. Mit rund 7.000 Euro wurden hier im vergangenen Jahr 46 Personen unterstützt.

Vor allem in den Bereichen Gesundheit, Lebenserhaltung und Wohnen brauchen die Menschen Hilfe. Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Landtag, führt das auf die stetig steigenden Lebenserhaltungskosten zurück, die Gehälter bleiben leider am gleichen Level.

„Politikerinnen und Politiker sind durch ihre hohen Bezüge von der Lebensrealität der Bevölkerung weit entfernt. Wer von einem geringen oder auch durchschnittlichen Einkommen leben muss, hat oft Sorgen, die viele Politikerinnen und Politiker gar nicht mehr nachvollziehen können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es bei den Polit-Bezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem normalen Arbeitseinkommen gibt. Leider sind wir bisher damit alleine geblieben.“



Tag der offenen Konten 2017: Stadtrat Robert Krotzer, Stadträtin Elke Kahr, LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und LAbg. Werner Murgg (vlnr.)

Die KPÖ Weststeiermark ist für Sie da!



Sabine Wagner

Bürozeiten

Unsere Bezirkssekretärin Sabine Wagner ist jeden Dienstag von 14 bis 17 Uhr erreichbar.

KPÖ Weststeiermark
Hildegard-Burger-Haus,
Conrad von Hötzendorfstr. 29
8570 Voitsberg
Tel: +43 (0)3142 22421
Fax: +43 (0)3142 22421
E-Mail: sabine.wagner@kpoe-steiermark.at

Sie haben ein Anliegen an
Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler?
Melden Sie sich unter 0316/877 5104 im KPÖ-Landtags-
klub oder per E-Mail:
claudia.klimt-weithaler@landtag.steiermark.at

Herbstfest der KPÖ

Wie jedes Jahr trafen sich auch 2017 Kinder und Erwachsene zum mittlerweile traditionellen KPÖ-Herbstfest in Voitsberg. Bei Kastanien und Sturm, Kuchen und Kaffee wurde geplaudert, gelacht und diskutiert. Ein besonderes Highlight war der

Auftritt von Nina und Martin Traussnigg als DRAWZZNIKK im Garten des Hildegard-Burger-Hauses. Wir bedanken uns bei allen ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen und besonders bei der Organisation Kinderland für die großartige Kinderbetreuung.



Aus dem Gemeinderat

VOITSBERG

Lieber gleichberechtigt als später!



Hilde Tragler
KPÖ-Gemeinderätin in Voitsberg

Vor über 20 Jahren unterzeichneten rund 645.000 Österreicherinnen und Österreicher das Frauenvolksbegehren. In elf Punkten wurden bundesgesetzliche Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen eingefordert. Die magere Bilanz des Volksbegehrens: Lediglich zwei Punkte wurden umgesetzt. Seit 12. Februar 2018 gibt es eine Neuauflage des Frauenvolksbegehrens. Über 200.000 Unterstützungserklärungen wurden bereits dafür abgegeben. Hilde Tragler (KPÖ) hat das neue Frauenvolksbegehren im Gemeinderat Voitsberg thematisiert. *„Die wichtigsten Punkte sind die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und der Ausbau von Gewaltschutzzentren – dazu sollte sich auch unsere Stadtgemeinde bekennen!“*

Bürgermeister Meixner (SPÖ) stand dem Antrag vorerst positiv gegenüber und schlug vor, die Gemeinderätinnen aller Fraktionen mögen sich zusammensetzen und darüber beraten. *„Mir war zwar nicht klar, warum nicht auch unsere Herren Gemeinderäte darüber diskutieren sollten, aber ich nahm den Vorschlag an“,* so Tragler. Allerdings wollte sie, dass das Ergebnis dieser Beratungen bindend für den Gemeinderat ist, also forderte sie die Einsetzung eines Fachausschusses. *„Dieser Antrag wurde allerdings abgelehnt“,* ist Tragler empört, *„anscheinend darf Frauenpolitik nur besprochen werden, handeln ist nicht erwünscht!“*

Wasser wieder teurer!

In der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2017 wurde die „Erlassung der Wassergebührenordnung“ behandelt. Was hier so technisch klingt, bedeutet nichts anderes als eine Gebührenerhö-

hung. Bis dato zahlte man für einen Kubikmeter Trinkwasser 1,86 Euro und für einen Kubikmeter verbrauchtes Nutzwasser 0,93 Euro. Es sei unumgänglich, das Gebührensystem zu erneuern, um Investitionen für Sanierungen und weiteren Ausbau stemmen zu können. Gemeinderätin Tragler (KPÖ) sieht das anders: *„Es kann nicht sein, dass jede notwendige Investition über eine Gebührenerhöhung finanziert wird und so auf dem Rücken der Voitsberger Bevölkerung ausgetragen wird! Wasser ist ein öffentliches Gut und muss für alle leistbar sein. Ich werde dem Antrag sicher nicht zustimmen!“* Die Erhöhung wurde trotz Gegenstimmen von SPÖ, den Grünen und der Bürgerliste beschlossen.



Aus dem Gemeinderat

DEUTSCHLANDSBERG: Kein Schwerverkehr am Deutschlandsberger Hauptplatz!

Eine Beschränkung des Schwerverkehrs am Hauptplatz forderte KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss in der letzten Gemeinderatssitzung im Jahr 2017. „Durch die LKWs und Reisebusse, die unseren Hauptplatz befahren, ist die Pflasterung schwer in Mitleidenschaft gezogen. Auch bei der Kreuzung Hollenegger Straße/Kirchengasse gibt es immer wieder spektakuläre Szenen wenn große KFZ versuchen abzubiegen“, begründet Weiss seinen Antrag. „Dies wäre eine sinnvolle Maßnahme, die auch schon vor dem Umbau umsetzbar wäre.“ Der Antrag wurde an den Umwelt- und Verkehrsausschuss verwiesen.

Budget: Keine Zustimmung der KPÖ

Bei der Budgetdebatte führte Gemeinderat Weiss (KPÖ) an, dass

Walter Weiss
KPÖ-Gemeinderätin
in Deutschlandsberg



das geplante Private-Public-Partnership-Projekt zur Müllbeseitigung welches im außerordentlichen Haushalt enthalten ist, nach wie vor auf die Ablehnung der KPÖ trifft. Auch andere wichtige Projekte, wie die Revitalisierung des Czerweny-Hauses, ein Wahlversprechen des Bürgermeisters und der SPÖ, sind nach wie vor nicht im Budget enthalten. Gegen das Budget, als auch die Erhöhung der Gebühren, die sich vor allem bei Wasser und Kanal auswirken, stimmten lediglich die Grünen und die KPÖ.

Die KPÖ Weststeiermark lädt herzlich ein zur Diskussionsveranstaltung Darf man die EU kritisieren?

mit Mag. Robert Krotzer (KPÖ-Stadtrat in Graz),
KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss

Am Di., 17. April 2018
um 18.30 Uhr



im Hildegard-Burger-Haus
Conrad von Hötendorfstr. 29, 8750 Voitsberg.

**TIERHEIM
FRANZISKUS**
www.tierheim-franziskus.at
8582 Rosental a.d. Kainach, Franziskusweg 1

www.tierheim-franziskus.at

Tel. 0680 20 66 057

Konto: 56143180000
BLZ: 44810

Schäfermischhündin Goldi wurde gemeinsam mit ihrer Schwester **Gloria** bei uns im Tierheim abgegeben. Beide sind Trennungswaisen. Goldi ist 2 Jahre alt, Geb. 2015. Ist kastriert, gechipt, geimpft. Mag keine Katzen oder Kleintiere, ist mit Kindern aufgewachsen, kann alleine bleiben, hat aber Angst vor Gewittern.



Coco, 4 Jahre jung, sucht liebevolles Zuhause! Braucht geduldige Menschen da sie aus ihrer Angst nach vorne geht und auch mal hinschnappt. Aber mit Geduld und Vertrauen schafft man mit ihr alles. Wer schenkt der entzückenden Schäfermischlingsdame ein zuhause für immer?



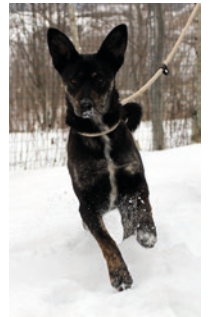
Karina ist am 15.01.2016 geboren. Die Hübsche ist etwas ängstlich, Leine gehen kennt sie noch gar nicht. Sie ist aber eine ganz liebe. Sie braucht eine Familie

die ihr mit viel Liebe und Geduld zeigt, wie schön ein Hundeleben sein kann.

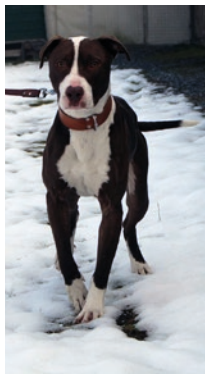


Elli ist am 1.7.2016 geboren. Sie ist noch etwas schüchtern. Sie ist sehr neugierig, lernwillig und aktiv. Wer gibt der Süßen ein Zuhause?

Akuru ist am 1.11.2015 geboren. Sie ist eine sehr lebhaft, lustige, verspielte Hündin. Wer schenkt der Hübschen ein Körbchen für immer?



Red ist ein wunderschöner, zweijähriger, kastrierter Amstaffrüde, der sein Zuhause leider wegen Überforderung verloren hat. Er ist ein sehr aktives, aufgedrehtes Kerlchen. Er kennt auch noch keinen Gehorsam, ist aber sehr lernwillig. Kinder kennt er, sollte aber nur zu größeren Kindern, da er doch sehr ungestüm ist. Verträglichkeit mit Artgenossen, entscheidet die Sympathie. Katzen kennt er nicht. Wer gibt dem liebenswerten, wunderschönen „Pausenc clown“ ein „Fürimmerzuhause“?



Tel. 0680 2066057



Weststeirischer Stammtisch

Die KPÖ Weststeiermark freut sich über alle Interessierten, die zu unseren Stammtischen kommen. Für Kaffee und Kuchen, Getränke und Jause ist dabei immer gesorgt. Es wird diskutiert, getratscht, politisiert. Wenn jemand ein Anliegen hat oder einfach nur Lust, mehr über die KPÖ zu erfahren, ist er herzlich willkommen.

Beim letzten Mal war unser Bezirksheim voll mit interessierten Menschen. Alle angesprochenen Themen werden wir ernst nehmen und bearbeiten. Vielleicht ergeben sich daraus Initiativen für den Gemeinderat oder den Landtag. Manche Bereiche eignen sich auch gut für eine Veranstaltung oder Aktionen.

Die KPÖ Weststeiermark lädt herzlich ein zur Diskussionsveranstaltung:

DARF MAN DIE EU KRITISIEREN?

mit Mag. Robert Krotzer (Stadtrat),
Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ-Klubobfrau im Landtag) und
Walter Weiss (Gemeinderat)

**Am Dienstag, 17. April 2018,
um 18.30 Uhr**

im Hildegard-Burger-Haus,
Conrad von Hötzendorfstr. 29, 8750 Voitsberg.



Allen Besuchern und Besucherinnen danken wir für ihr Kommen und vor allem für ihre Ideen. Die KPÖ ist der Meinung, dass sich Menschen auch außerhalb von Wahltagen am politischen Geschehen beteiligen sollen. Wir, als ihre gewählten Vertreter und Vertreterinnen, zeigen, wie man sich einbringen kann und setzen uns für die Anliegen der Bevölkerung ein. Die Stammtische finden statt, damit man direkt mit uns Kontakt aufnehmen kann.

RH-Bericht zur Krebsbehandlung

LABg. Werner Murgg: „Lange Wartezeiten zeigen, dass Spitalsreform in die falsche Richtung geht“

Im Kontrollausschusses des Steirischen Landtags wurde ein brisantes Stück behandelt: In einem kritischen Bericht zählt der Landesrechnungshof Versäumnisse im Bereich der onkologischen Versorgung auf:

- Immer noch keine transparente Warteliste für Krebserkrankte.
- Kein zweites Therapiegerät in Leoben.
- Wochen- und sogar monatelange Wartezeiten für Hochrisikopatienten
- Mangel an Fachärzten.

KPÖ-LABg. Werner Murgg erinnerte daran, dass die KPÖ bereits im Juli 2017 die Probleme zur Sprache gebracht hat. Eine transparente Warteliste wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

LABg. Werner Murgg: „Die Landesregierung will nicht, dass öffentlich wird, wie lange Patienten auf eine Behandlung warten müssen. Die Missstände zeigen auch, dass die Spitalsreform in die falsche Richtung geht. In vielen Bereichen haben wir in Wirklichkeit eine gefährliche Unterversorgung, keine Überversorgung, wie immer wieder behauptet wird.“

8. März – Internati



Gemeinderätin Hilde Tragler und Josef Wagner machten in Voitsberg auf den Frauentag aufmerksam.



Ulrich Sonnleitner und Bezirksobmann Klaus Pibernig waren in Bärnbach unterwegs.



Gemeinderat Walter Weiss verteilte in Deutschlandsberg Nelken und wies die Frauen darauf hin, dass sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben.

Internationaler Frauentag 2018

100 Jahre Frauenwahlrecht

Der Internationale Frauentag wird weltweit seit 1911 am 8. März begangen. Sein Ziel war es von Anfang an, Gleichberechtigung von Frauen und Männern herzustellen. Dem Kampf vieler Frauen und Männer ist es zu verdanken, dass 1918, also vor genau 100 Jahren, in Österreich das „allgemeine und gleiche Frauenwahlrecht“ eingeführt wurde. Einige der Forderungen von damals wurden aber bis heute nicht umgesetzt, andere Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit drohen unter der neuen ÖVP/FPÖ-Bundesregierung wieder verlorenzugehen.

12. November 1918 – ein Tag der Freude!

Die Einführung des Frauenwahlrechts war ein wichtiger Meilenstein für die Gleichberechtigung der Frauen. Ebenso die gesetzliche Verankerung der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesverfassung. Durch die Familienrechtsreform

Mitte der 1970er Jahre wurde das Modell der patriarchalen Versorgungsehe durch ein partnerschaftlich orientiertes ersetzt. Dadurch fand die Gleichberechtigung von Frau und Mann auch Eingang ins Privatleben.

Ziel erreicht?

Nein. Frauen machen die Hälfte der Weltbevölkerung aus. Sie leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden, erhalten ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen weniger als ein Hundertstel des Welteigentums. Und: Es ist eigentlich kaum zu glauben, aber die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist nach über 100 Jahren immer noch nicht realisiert! Wer also davon ausgeht, dass zwischen den Geschlechtern Gleichberechtigung herrscht, irrt gewaltig!

8. März: Internationaler Frauentag

Für die KPÖ ist das Ziel der Gleichstellung von Männern und Frauen kein Lippenbekenntnis. Wir treten dafür ein, dass alle



KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler unterstützte Romana Dörner in Köflach.

100 Jahre Frauenwahlrecht



Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Alter, sexueller Orientierung und Behinderung gleichberechtigt leben können!

Unsere Forderungen:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Eigenständiges Leben für Frauen in jedem Alter sichern

- Frauen vor Armut schützen
- Frauen- und Mädcheneinrichtungen ausbauen und finanziell absichern
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Das Recht auf einen kostenlosen, ganztägigen und qualitativ hochwertigen betreuungsplatz für jedes Kind
- Väterkarenz

Kinderfestival
1. April 2018
Ostersonntag Beginn: 14:00 Uhr
Freizeitclub Södingberg 44
Freizeitgelände



Einweihungsfeier der neuen Hüpfburg vom

Kinderland Ortsgruppe Geistthal - Södingberg - Voitsberg
Das Land Steiermark
Facebook: Kinderland-Geistthal-Södingberg-Voitsberg
Büro Tel: 0664 - 73 23 24 94
E-Mail: kinderland-geistthal@voits.at

Ostereiereallye
Osternesterl suchen
Spiel, Spass, Spannung, Abenteuer
Für jedes anwesende Kind gibt es ein Ostergeschenk

7. Juli 2. Kinderfestival - Schulschlussparty
8. Sep. 3. Kinderfestival - Schulbeginn mit Spiel, Spass Spannung & Abenteuer

KPÖ-Anfrage im Landtag:

Absage an Olympia-Finanzierung durch Land

Eine kostenneutrale Bewerbung und Durchführung Olympischer Winterspiele ist nicht möglich. Mittel im Landesbudget fehlen, enorme Teuerungen für die steirische Bevölkerung sind zu befürchten.

Die steirischen Städte Graz und Schladming planen eine Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2026. Das würde zweifellos sehr viel Geld kosten. Das Bewerbungsverfahren wird bereits im März gestartet, während es noch keinerlei Abschätzung der Kosten und Risiken gibt. Die KPÖ hat in der Sitzung des steirischen Landtags am 6. Februar 2018 deshalb eine Dringliche Anfrage an die Landesregierung gerichtet.

Die KPÖ lehnt die Verwendung von öffentlichem Geld für Olympische Spiele bzw. ein Bewerbungsverfahren ab, wenn es dafür nicht den eindeutigen Auftrag der Bevölkerung durch eine Volksbefragung gibt. Das wurde von einer Mehrheit aus SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Allerdings sei auch keine finanzielle Beteiligung des Landes möglich, wie der erkrankte Landesrat Lang unmissverständlich ausrichten ließ.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler wies darauf hin, dass „Olympia ohne Gigantomanie“, wie es der Grazer Bürgermeister Nagl nennt, völlig unrealistisch ist. Selbst wenn man Sotschi 2014 (Kosten: mindestens 40 Milliarden Euro) außer Acht lässt: Vancouver 2010 hat 4,5 Milliarden Euro gekostet, Turin 2006 3,6 Milliarden Euro, Nagano 1998 sogar 10,5 Milliarden Euro.

Die schon jetzt nicht gering verschuldete Stadt Graz müsste nicht nur ein olympisches Dorf, sondern auch mehrere Sportstätten errichten. Es besteht kein Zweifel, dass die Stadt das nicht

aus eigener Kraft und auch nicht mit den Mitteln des IOC schaffen wird. Ohne Mitfinanzierung durch Bund und Land sind Winterspiele in Graz und Schladming völlig unrealistisch.

Claudia Klimt-Weithaler: „Einige agieren nach dem Motto: Sofort bewerben, später nachrechnen. So, als würde Geld keine Rolle spielen. Die Bevölkerung sieht das vernünftiger und realistischer als Politiker, die sich mit Olympischen Spielen ein Denkmal setzen wollen. Die Veranstaltung ist nach wenigen Tagen vorbei, der Schuldenberg wird uns aber Jahrzehnte erhalten bleiben.“

Olympische Spiele haben in der Vergangenheit immer dazu geführt, dass an den Veranstaltungsorten Mieten und Grundstückspreise stark gestiegen sind. Durchschnittlich sind die Lebenshaltungskosten um 8,6 Prozent gestiegen. In Schladming erhöhten sich die Grundstückspreise

seit der WM 2013 um 30 Prozent. „Krankenhäuser, Pflege, Schulen, öffentlicher Verkehr: Das Land Steiermark und die Stadt Graz haben genug Probleme. Die Menschen haben die Politikerinnen und Politiker gewählt, um Probleme zu lösen, und nicht, um neue zu erfinden. Deshalb darf es ohne Volksbefragung keine Olympischen Spiele geben“, betonte KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler.

Sport- und Finanzlandesrat Anton Lang (SPÖ) wurde von Landesrätin Ursula Lackner vertreten, die für ihn die Antworten vortrug. Lang räumt darin ein, dass es eine kostenneutrale Bewerbung und Durchführung von Olympischen Spiele nicht gibt. „Ich sehe derzeit nicht den geringsten Spielraum im Landesbudget für eine Beteiligung an den Kosten für Olympische Spiele“, so Lang. Dies habe er auch den Bürgermeistern von Schladming und Graz mitgeteilt.

Der Zeitplan

Am 29. Jänner hat Bürgermeister Siegfried Nagl in Schladming überraschend bekanntgegeben, dass sich Graz als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele 2026 bewerben wird. Was eine finanzielle Beteiligung des Bundes betrifft, ist Sportminister Strache (FPÖ) zurückhaltend.

Mit der schwarz-blauen Mehrheit im Grazer Gemeinderat soll über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden. Bis 31. März 2018 muss die Stadt Graz beim Internationalen Olympischen Komitee ihr Interesse bekanntgeben. Diese Absichtserklärung nennt man „Letter of Intent“.

Eine vom Bürgermeister beauftragte Machbarkeitsstudie und ein Konzept für die Sportstätten sollen im Juni vorgelegt werden. Im Herbst gibt das IOC dann bekannt, welche Städte tatsächlich kandidieren dürfen. Die Vergabe der Spiele erfolgt im Herbst 2019.



Der Grazer Bürgermeister Nagl möchte, dass Graz Host-City für die Olympischen Winterspiele 2026 wird. Schon die Bewerbung dafür kostet Millionen.

Olympia in Graz? – Volksbefragung jetzt!

Besser vorher denken als hinterher zahlen.

Mieten und Grundstückspreise steigen rasant. In vielen Olympiastädten bis zu 30 Prozent.

Laut einer Studie der Universität Oxford kosten Olympische Spiele im Durchschnitt um 179 Prozent mehr als geplant.

Olympiakosten ziehen Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich nach sich.



Die Mieten für Olympia-Sportstätten werden für Sportvereine zu teuer. In anderen Städten verkommen diese Neubauten zu ungenutzten Sportruinen.

Im Durchschnitt steigen die Lebenserhaltungskosten um 8,6 Prozent. Die erhöhten Olympia-Preise für Bier, Schnitzel & Co bleiben auch danach.



Die Veranstaltung von Olympischen Spielen ist problematisch. Einige wenige verdienen das große Geld, die Bevölkerung bleibt auf der Strecke. Trotzdem wollen der Grazer und der Schladminger Bürgermeister Olympia in die Steiermark holen.

Die Bevölkerung sagt meist Nein zu Olympia. Zuletzt in Innsbruck, aber auch München, Krakau und St. Moritz oder Hamburg (für Sommer-spiele) stimmten gegen eine Bewerbung.

Streiflichter: Ausstellung über mutige Steirerinnen

Ausstellung im Bildungsverein der KPÖ Steiermark, Graz

Am 7. März 2018 wurde die Ausstellung „Streiflichter“, die aus der Geschichte der steirischen Kommunistinnen erzählt, eröffnet.

„Streiflichter. Geschichten von Kommunistinnen in der Steiermark“ möchte anhand beispielhafter Biografien die Entschlossenheit und den Mut dieser Frauen in Erinnerung rufen. Das Wissen um die Gefahr, in der sie schweben, hat sie nicht an ihrer politischen Überzeugung und dem aktiven Kampf gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus zweifeln lassen. Ein kurzer Abriss der Geschichte der Frauen in der Kommunistischen Partei versucht die biografischen Erzählungen in ein historisches Umfeld zu stellen.

Die Ausstellung im KPÖ-Bildungsverein, Lagergasse 98a, 8010 Graz, ist bis 10. Juni 2018 zu sehen. Voranmeldung unter Tel. 0316/712959.



Ausstellungseröffnung und Benennung des Großen Saals des Grazer Volkshauses in Maria-Cäsar-Saal

Es muss nicht immer Pizza sein!



Rezept von Ulrike Pendl

Pasta mit Schafkäse

Zutaten:

- Penne oder Spaghetti
- 1 rote Paprika
- 1 Avocado
- geröstete Pinienkerne
- Schafkäse
- Tomatenpesto aus dem Glas
*(oder im Sommer selbst gemacht:
Tomaten enthäuten und entkernen
Olivenöl
Basilikum
Knoblauch
Pecorino gerieben
geröstete Pinienkerne, Salz)*

Alle Zutaten pürieren, in ein Glas füllen hält sich einige Zeit im Kühlschrank



Zubereitung:

Paprika schälen, in kleine Würfel schneiden und in Olivenöl ca. 10 min. dünsten



Avocado grob würfeln und zur Seite stellen Penne in Salzwasser kochen, abseihen und im Topf mit Tomatenpesto (nach Geschmack) vermengen.



In Pastatellern portionieren, Paprika, Avocado, Pinienkerne und zerbröckelten Schafkäse darüber streuen.

Guten Appetit!

Hartz 4 statt Notstandshilfe?

Die schwarz-blaue Bundesregierung plant die Abschaffung der Notstandshilfe. Das hätte zahlreiche Verschlechterungen zur Folge. Doch nicht nur für Arbeitslose drohen Kürzungen, auch für Beschäftigte steigt der Lohndruck.

Was getarnt als „Arbeitslosengeld NEU“ im Regierungsprogramm daherkommt, hat es in sich. Die Notstandshilfe soll abgeschafft werden. Das Arbeitslosengeld soll wie bisher zeitlich befristet bleiben und über die Bezugsdauer sinken. Wie lange in Zukunft Arbeitslosengeld bezogen werden kann, sagt das Regierungsprogramm nicht, auch nicht wie hoch dieses zu Beginn sein wird. Derzeit kann über einen Zeitraum von 20 bis 52 Wochen Arbeitslosengeld bezogen werden. Die Anspruchsdauer hängt vom Alter und davon ab, wie lange jemand zuvor Versicherungsbeiträge eingezahlt hat.

Nach Ende des Arbeitslosengeldanspruches soll es in Zukunft nur mehr Mindestsicherung geben. Im Gegensatz zur Notstandshilfe hängt diese nicht mehr vom vorangegangenen Einkommen ab. Sie ist einheitlich niedrig. Mehr noch: ein Anspruch besteht nur, wenn der eigene Besitz zuvor bis auf rund 4.200 Euro verwertet wurde. So muss der Notgroschen am Sparbuch aufgebraucht oder ein Auto verkauft werden. Auf die Eigentumswohnungen greift das Land Steiermark zu, indem es diese im Grundbuch sicherstellt.

Zudem wird bei der Mindestsicherung das Einkommen des gesamten Haushaltes angerechnet. Viele Leute würden daher, alleine schon deswegen, weil sie einen berufstätigen Partner haben, in Zukunft nichts mehr bekommen. Bei der Notstandshilfe wurde diese Anrechnung abgeschafft (gilt mit Juli 2018).

Die Pläne der Bundesregierung nehmen jedoch nicht nur den Arbeitslosen etwas weg, sondern auch denjenigen, die einen Job haben.

Die Erfahrungen aus dem vergleichbaren Hartz-4-Modell aus Deutschland zeigen, dass sich durch den Druck auf die Arbeitslosen und den Zwang, jeden auch noch so schlechten Job anzunehmen, die Löhne aller Beschäftigten schlechter entwickelt haben.

Beispiel Derzeit:

Eine verheiratete Verkäuferin wird arbeitslos. Sie beantragt Arbeitslosengeld. Trotz zahlreicher Bewerbungen findet sie keine Stelle, von der sie leben kann, sondern lediglich eine geringfügige Anstellung. Sie beantragt Notstandshilfe, nachdem ihr Arbeitslosengeldanspruch endet. Die Notstandshilfe beträgt 92 Prozent des Arbeitslosengeldes. Ihr Einkommen aus der geringfügigen Beschäftigung darf sie zusätzlich zur Notstandshilfe behalten.

Zukünftig:

Nach Ende des Arbeitslosengeldanspruches sucht sie um Mindestsicherung an. Da ihr Mann einen Job hat (1350 Euro brutto/Monat + Urlaubs- und Weihnachtsgeld), erhält sie jedoch keine. Nur wenn auch ihr Mann seinen Job verliert, sie ihren Gebrauchtwagen verkauft, den ersparten Notgroschen bis auf 4200 Euro aufbraucht und das Land Steiermark die kleine Eigentumswohnung im Grundbuch sicherstellt, kann sie Mindestsicherung bekommen. Das Einkommen aus der geringfügigen Beschäftigung zusammen mit dem Arbeitslosengeld ihres Partners wird von der Mindestsicherung noch abgezogen. Zudem ist sie nicht mehr pensionsversichert.



Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF



GLB-KPO

Rufen Sie an!

0677 / 612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>

80 JAHRE DEUTSCHE INVASION IN ÖSTERREICH

Manfred Jasser und Herbert Eichholzer

Aufruf des Zentralkomitees der KPÖ vom 11. März 1938:

„Volk von Österreich! Wehre Dich, leiste Widerstand den fremden Eindringlingen und ihren Agenten. Schließt Euch zusammen, Katholiken und Sozialisten, Arbeiter und Bauern! Schließt Euch zusammen, nun erst recht, zur Front aller Österreicher. Alle Unterschiede der Weltanschauung, alle Parteiunterschiede treten zurück vor der heiligen Aufgabe, die dem österreichischen Volke gestellt ist! Zusammenstehen gegen Hitler, zusammenstehen, um Hitlers Soldateska aus Österreich wieder hinauszujagen!“

Denkmal der Befreiung Österreichs in Bad Radkersburg.



Die Inschrift lautet:

Ewiger Ruhm den Helden, die ihr Leben hingegeben haben
für die Rettung der sowjetischen Heimat und der Völker Europas vor der faschistischen Vergewaltigung
UdSSR 1945

Die Erzählung von Graz als Stadt der Volkserhebung ist ein wichtiger Baustein in der Deutungsgeschichte der Auslöschung Österreichs im März 1938.

Sie hat sich im Massenbewusstsein bis heute erhalten. Einer der Verantwortlichen dafür hieß **Manfred Jasser, ein illegaler Nazi seit 1933**, der nach 1945 in der ÖVP Karriere machte und 1969 mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet wurde.

Wer dagegen im März 1938 in Graz als Kommunist gegen die Annexion Österreichs mobil machte und später von den Nazis ermordet wurde, der war in der 2. Republik viele Jahre lang eine Unperson, wie der Architekt Herbert Eichholzer.

Die Broschüre „Graz, Stadt der Volkserhebung“ wurde im Sommer 1938 vom Gaupropagandaamt Steiermark herausgegeben und bei Leykam gedruckt. Verfasser der Textbeiträge war Manfred Jasser, zu diesem Zeitpunkt Hauptschriftleiter der von den Nazis gleichgeschalteten Zeitung Tagespost. Das war die Belohnung für die Arbeit des illegalen Nazis Jasser an der Unterminierung der Selbständigkeit Österreichs. Die Karriere dieses Mannes in der Nazizeit endete damit, dass er am 7. April 1945 die letzte Naziparole in einer Wiener Tageszeitung veröffentlichte, bevor die Rote Armee die Stadt befreite.

Man möchte meinen, dass dies der Schlusspunkt im öffentlichen Leben von Jasser gewesen wäre und er im demokratischen Österreich seine verdiente Strafe erhalten hätte. Doch nichts dergleichen: „Nach einem Treffen in Schloß Oberweis bei Gmunden im Frühjahr 1949, bei dem ehemalige NS-Größen unter Jassers Führung vom späteren Bundeskanzler Julius Raab zur Mitarbeit in der Österreichischen



Volkspartei eingeladen wurden, erhielt Jasser das Angebot, die Chefredaktion des „Österreichischen Wirtschaftsverlags“ zu übernehmen.“ (Uwe Mauch. Schriftleiter Jasser. Wiener Zeitung, 1.3. 2005).

In dieser Funktion brachte er es zu Ansehen und zu hohen Orden. Und er arbeitete auch wieder bei der Grazer Südost-Tagespost mit als wäre nichts geschehen.

Und auch einige Nazis, die in Graz im Jahr 1938 im Auftrag Hitlers den Umsturz organisierten und die Jasser in seiner Broschüre besonders hervorhob, hatten nach dem Ende des Faschismus ein ruhiges Leben. Der SS-Mann und Gauhauptmann der Steiermark bis 1945 Armin Dadiou leitete ab 1960 das Institut für Raketentreibstoffe in Stuttgart, verfasste Lehrbücher

zu diesem Thema und verbrachte in der Steiermark einen ruhigen Lebensabend.

Selbst Gauleiter Uiberreither – „Chefgangster“ hieß er bei seiner SA, wie Jasser in der Broschüre schreibt – gelang die Flucht (wie vermutet wird mit diskreter Unterstützung von USA-Stellen), nahm einen falschen Namen an und arbeitete ungeschoren in Deutschland. Er starb 1984.

Ganz anders war das Schicksal von Herbert Eichholzer.

Der Architekt und Kommunist versuchte in den Märztagen des Jahres 1938 im Rahmen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft (SAG) den Widerstand von arbeitenden Menschen gegen die Anschlusspläne der Nazis zu organisieren, nicht ohne Erfolg wie der Zeitzeuge Willi Gaisch berichtet. Eichholzer wurde von den Nazis zum Tode verurteilt und 1943 ermordet.

Es hat viele Jahrzehnte gedauert bis das Schweigen der offiziellen Steiermark über das Schicksal dieses Helden des Widerstandes gebrochen werden konnte. Während ein Schreibtischtäter wie Manfred Jasser in hohem Ansehen stand, hielt anfangs nur die kleine KPÖ das Ansehen Eichholzers hoch. Erst in den letzten Jahren gab es die verdiente Würdigung für Eichholzer. Auch das sagt einiges über unser Land aus.

Franz Stephan Parteder



Der steirische Architekt Herbert Eichholzer setzte alles daran in letzter Sekunde vor dem Einmarsch eine antideutsche Volksfront zu organisieren. Später kehrte er zurück und wurde von der GESTAPO (Gefängnisfoto) verhaftet und hingerichtet.

Über die (Ohn-)Macht der Konsumenten – oder: Kann richtig einkaufen die heimische Landwirtschaft retten?

von Dipl.-Ing. Katharina Varadi-Dianat, Bäuerin in Trofaiach

Als halbwegs umweltbewusster und sozial denkender Mensch einkaufen zu gehen, kann einen manchmal ganz schön ins Schwitzen bringen.

Im nächsten Supermarkt findet sich der gesuchte „Fair trade-Kaffee“ meines Vertrauens, daneben noch ein paar Kleinigkeiten für die Küche und eine „BioNaturwiesen-Milch“ von extra glücklichen (zertifizierten?) Kühen. Der kleine Umweg zum Bauernmarkt ergibt frisches Gemüse (Paradeiser und Suppengemüse Anfang März?), Biokartoffeln und ein Päckchen Bioeier. Der Besuch des benachbarten Drogeriemarktes ermöglicht nebenbei auch noch den Erwerb eines tierversuchsfreien Haarshampoos und heimgebracht habe ich alles im Rucksack mit dem Fahrrad (ganz nebenbei hab ich dabei auch noch mein tägliches workout absolviert).

Es ist noch nicht einmal der Vormittag vorbei und ich hab meinen Beitrag zur Weltrettung für heute also schon erledigt. Schön, oder?

Den eben gekauften Kaffee im Häferl am Küchentisch schreib ich zusammen was ich denn heute so für die Weltrettung ausgegeben habe – erstaunlicherweise gar nicht so viel, wie vermutet....

Trotzdem lohnt es sich einmal zu hinterfragen, was genau eigentlich mein Beitrag jetzt wert gewesen ist: Nehmen wir ein Beispiel heraus, das noch relativ leicht nachvollziehbar ist – die Eier.

Damit ein Bioei als solches verkauft werden darf, muss es von einer Henne gelegt werden, die mit biologisch zertifiziertem Futter gefüttert wurde. Sie hat im Gegensatz zu ihren Kolleginnen am konventionellen Bauernhof



pro Huhn 10m² freie Fläche zur Verfügung, und auch im Stall um ein Vielfaches mehr Platz, auf dem sie sich bewegen kann und ist auch schon mit biologisch zertifiziertem Futter großgezogen worden. Bei manchen „Biolinien“ wurde auch ihr Bruder nicht gleich nach dem Schlüpfen geschreddert, sondern darferwachsen werden. Durchschnittlich braucht er dazu statt einem Monat im konventionellen Bereich ca. drei Monate, letztendlich wird er aber dennoch aufgegessen.

Natürlich hatte meine Henne auch keine „glückliche Kindheit“ mit einer Glucke als Mama, sie wurde im Brutapparat ausgebrütet und in einem Aufzuchtbetrieb großgezogen. Zudem ist sie eine sogenannte „Hybridhenne“, also eine Rasse, die auf Legeleistung gezüchtet wurde. Diese hohe Legeleistung geht natürlich auf Kosten der Gesundheit der Tiere. Bis zu 3.000 solcher Legehennen können dann in einem Legebetrieb ihren Dienst versehen. Und die bleiben auch nur für ca. ein Jahr, denn dann kommen sie in die Mauser (das ist der Federwechsel) machen in dieser Zeit eine Legepause. Da dies unwirtschaftlich ist (fressen müssen sie ja trotzdem) werden sie besser zu Hundefutter verarbeitet, obwohl

so ein Huhn auch locker noch zwei weitere Jahre Eier legen könnte.

Der Kaffee ist schon kalt, und ich frage mich, was habe ich mit meinem Kaufverhalten eigentlich verändert?

Doch einiges – ich habe „ja“ gesagt, zu einer artgerechteren Fütterung und Haltung und ich habe dafür auch bis zu 30% mehr Geld auf den (Laden)Tisch gelegt, was eventuell ein besseres Einkommen des landwirtschaftlichen Betriebes sichert.

Am „System der Lebensmittelproduktion“ habe ich aber nichts geändert. Ich habe weder der „Massentierhaltung“ etwas entgegengesetzt (Hühner leben in der Natur in Gruppen bis zu 40 Tieren, mehr Artgenossen stressen sie, vor allem, wenn sie nicht ausreichend ausweichen können), noch konnte ich der „Industrialisierung“ einen Riegel vorschieben. Denn auch meine Eier stammten von Hühnern, die industriell gezüchtet, aufgezogen und letztendlich auch wieder geschlachtet werden.

Aus der Sicht der Hennen also eine Verbesserung in den Lebensumständen, aber noch kein wirklicher Umbruch in der Haltung.

Und aus Sicht der Bauern

und Bäuerinnen? Auch hier ist es keine Kehrtwende, denn auch wenn biologische Landwirtschaft ein Bekenntnis zu einem bewussten Umgang mit der Natur und den Tieren ist, so stehen dieser Absicht dennoch die allgemeinen ökonomischen Zwänge entgegen, die für die gesamte Landwirtschaft gelten.

Etwas höhere Preise für Bioprodukte und Ab-Hof-Verkauf schaffen noch kein existenzsicherndes Einkommen. Das wird derzeit vor allem durch die EU-Förderungen generiert, die aber vor allem jene Betriebe stärken, die große Flächen bewirtschaften. Die kleineren Höfe in den arbeitsintensiveren Berggebieten werden tendenziell benachteiligt. Das wirkt sich auch auf die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe aus. Derzeit beenden jährlich an die 1300 Betriebe ihre Tätigkeit (das sind 3,5 Betriebe täglich), während die Flächen, die ein einzelner Hof bewirtschaftet natürlich ansteigt. Ein durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb hat heute an die 46 ha Fläche. Vor dem EU-Beitritt waren es an die 32 ha.

Dieser Entwicklung kann auch mit einem noch so bewussten Einkauf nicht Einhalt geboten werden. Tatsächlich ist nicht nur der einzelne Konsument/die Konsumentin gefragt, sondern die Gemeinschaft an sich. Es erfordert von der Gesellschaft an sich ein klares Bekenntnis zu einer strukturierten Landwirtschaft, die flächendeckend nach ökologischen Grundsätzen geführt wird. Eine Landwirtschaft die Mensch und Tier ein „würdiges“ Leben ermöglicht, die gesunde, hochwertige Lebensmittel produziert und die Landschaft lebenswert erhält. Das alles wird jedoch nicht mit ein paar Reförmchen zu machen sein, sondern braucht einen gesellschaftlichen Umbruch, der weit über ein paar einfache Kaufentscheidungen hinausgeht.

„Endlich Sicherheit für Ehrenamtliche“

Jahrelang hat sich KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler dafür eingesetzt, dass Ehrenamtliche bei ihrer Tätigkeit seitens des Landes versichert werden. Ihnen soll so Schutz bei Unfällen und gegen Haftungsansprüche gewährt werden.

Aufgrund der hohen Kosten konnten sich die Vereine ein solche Versicherung meist nicht leisten. Im Sommer 2017 konnte schließlich eine Lösung erzielt werden. Nunmehr sind ehrenamtlich Engagierte vom Land Steiermark versichert. Vereine, die über eigene maßgeschneiderte Versicherungen für ihre Ehrenamtlichen verfügen, erhalten eine Förderung zur Finanzierung der Versicherungsprämien.

Was diese Errungenschaft für die Vereine bedeutet, hat die *Volksstimme* Amir Mayer, Geschäftsführer von *Kinderland Steiermark*, gefragt.

Lange Zeit wurde um eine Versicherung für Ehrenamtliche gerungen. Was bedeutet ihre Einführung für euch?

Es ist für uns ein enormer Gewinn, da bisher bei Schadensfällen immer ein Risiko dabei war. Jetzt haben Ehrenamtliche endlich Sicherheit in ihrer Arbeit. Ich finde auch, dass es ein Zeichen von Wertschätzung gegenüber ehrenamtlicher Arbeit ist.

In welchen Situationen kann eine solche Versicherung in der Praxis wichtig sein?

Ein klassisches Beispiel ist hier die Ausübung von Sport mit den Kindern und Jugendlichen. Jeder Hobbysportler weiß, dass es da schnell zu einem kleinen Unfall kommen kann. Bei Folgekosten wie Physiotherapien etc. greift hier nun die Unfall- und Haftpflichtversicherung.

Gibt es bei der aktuellen Regelung noch Lücken, die deiner Meinung nach zu schließen sind?

Wir als Verein haben uns für eine individuelle Lösung mit eigener Versicherung entschieden um unabhängiger zu sein. Beim Angebot vom Land gilt es abzuwarten wie die Abwicklung bei Schadensfällen erfolgt.

Kinderland setzt sich dafür ein, für Kindern möglichst günstig Freizeitaktivitäten und Ferienvochen anzubieten – welche



Amir Mayer,
GF Kinderland Steiermark

Aktionen stehen demnächst am Programm?

In der Karwoche startet unsere Osterwoche in St. Radegund. Wir sind heuer ausgebucht und mit uns verbringen mehr als 40 Kinder unvergessliche Ferien. Danach stehen im Mai unser Pfingsttreffen und ab Juli unsere Sommerturnusse am Turnersee am Programm. Wir hoffen natürlich auch dort zahlreiche Kinder und Jugendliche begrüßen zu dürfen.



VERANSTALTUNGEN

- 1.5.2018 Maidemonstration und Fest im Volkshaus Graz
- 5.5.2018 Karl-Marx-Kongress/ Volkshaus Graz
- 6.5.2018 Befreiungsfeier in Mauthausen
- 13.6.2018 Friedensweg, Graz-Schloßberg
- 16.6.2018 YUGO-Fest, Volkshaus Graz
- 17.6.2018 Silvester-Heider-Wanderung
- 30.6.2018 Gartenfest der KPÖ Mürtzschlusslag

KPÖ
BILDUNGSVEREIN

<http://kpoe-bildungsverein.at/>

PROGRAMM

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 71 29 59
bildungsbildungsverein.kpoe-steiermark.at

www.volkshaus-graz.at

VOLKSHAUSGRAZ
LJUDSKIDOMGRADEC

BIBLIOTHEK
des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung für alle zugänglich



Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben.

Tel. Bernd Mugele 0664/736 46417
<http://kpoe-bildungsverein.at>

MITMACHEN!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Die Armut nimmt trotzdem zu. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!

<https://www.kpoe-steiermark.at/mitmachen>

Mach mit!

WOFÜR STEHT IST DIE KPÖ?

Damit der Kapitalismus die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir Menschenwürde, Frieden, Völkerverständnis, Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Dafür kämpfen wir. Nicht Anpassung an das kapitalistische System, sondern Widerstand dagegen ist geboten!



Interview mit GLB-Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger



AK-Rat
Kurt Luttenberger

Kurt, du bist AK-Rat für den Gewerkschaftlichen Linksblock, genauer gesagt für die GLB-KPÖ Fraktion. Was machst du in dieser Funktion?

Zunächst möchte ich einmal sagen, dass das eine ehrenamtliche Funktion ist. Kammerräte erhalten dafür kein Gehalt. Ich glaube, dass das vor dem Hintergrund der Angriffe der schwarz-blauen Bundesregierung auf die AK wichtig zu wissen ist. Die AK ist mehr als eine Einrichtung für Konsumentenschutz und Rechtsberatung. Es geht hier auch um politische Interessensvertretung!

gegen die Einführung von Hartz 4 in Österreich gestellt.

Die AK entscheidet das aber nicht selbst, oder?

Nein, aber sie ist die gesetzliche Interessensvertretung aller Arbeiter und Angestellten und hat damit natürlich eine gewisse Macht auf Gesetze einzuwirken. Und es gibt ja einige SPÖ Politiker die auch Kammerräte sind und die dann im Landtag oder Nationalrat über Gesetze entscheiden. Dass die oft gegen die Interessen der arbeitenden Menschen entscheiden, ist eine andere Sache.

Und das passiert in den AK-Vollversammlungen?

Wir versuchen als kleine Fraktion mit vier von 110 Mandaten immer wieder wichtige Anliegen in der AK zum Thema zu machen. Nicht immer zur Freude der sozialdemokratischen Mehrheit. Zum Beispiel haben wir uns auch in der AK gegen die Abschaffung der Wohnbeihilfe eine Petition gestartet. Zuletzt haben wir einen Antrag

Gelingt es auch Dinge durchzusetzen?

Druck muss auf vielen Ebenen entwickelt werden. Aber nehmen wir die Wohnbeihilfe, da wurden einige Kürzungen wieder zurückgenommen. Einen kleinen Beitrag dazu haben auch wir über unsere Arbeit in der AK geleistet.

Abschließend noch zur Pflichtmitgliedschaft in den Kammern.

Dafür oder dagegen?

Natürlich dafür! Wir brauchen eine starke Interessensvertretung und sie muss auch genug Geld haben um unser Interessen zu vertreten. Die durchschnittliche AK-Umlage beträgt 6,91 Euro im Monat. So billig bekommt man keine Rechtschutzversicherung. Ganz klar, dass es schwarz-blau bei dieser Diskussion nicht um unsere Entlastung geht, sondern um die Schwächung unserer Interessen.



Arbeiten Sie mit!

Der Gewerkschaftliche Linksblock ist die KPÖ-nahe Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfraktion. Er setzt sich auf allen Ebenen gegen Verschlechterungen ein. Wir gehen spielen nicht die Handlanger für die Regierungsparteien. Um gegen Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen in den Betrieben ankämpfen zu können, suchen wir Menschen, die bereit sind, sich bei uns zu engagieren.

**Kontaktdaten: Tel. 0677/ 612 538 99
oder E-Mail: glb@glb-steiermark.at
www.glb-steiermark.at**



Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise (T-Shirts)

Soll das Land Steiermark Olympische Spiele finanzieren?

- JA, Schladming und Graz könnten sich damit international in Szene setzen
- NEIN, das kostet Milliarden und führt zu steigenden Preisen für die Bevölkerung

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Infoblatt-Landtag.

Name:

Adresse, E-Mail:



An die

STEIRISCHE
Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz
Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



RAT UND HILFE IN MIET-WOHNUMFRAGEN

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte um telefonische Voranmeldung!
www.mieterschutzverband.at



ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECH- STUNDEN

MO. bis DO. von
10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz
E-Mail: zentralverband@kpoe-
steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80

Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen
bei Anträgen um
Pflegegeld, Pension.

Ausfüllen von
Formularen.

Erklärung zur Arbeit-
nehmerveranlagung
(=Jahresausgleich).

Geselligkeit.

Ausflüge, Reisen,
Turnen.

Auskunft zu den
Ortsgruppen:
0316/ 71 24 80



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermitteln die Tierheime des Landestierschutzvereins,

Graz, Grabenstraße 113, Tel. 0316 / 68 42 12 www.landestierschutzverein.at

Murtal, Murweg 3, 8723 Kobenz, Tel. 03512 / 49575



Lord ist ein 11 Monate alter, sehr freundlicher Dalmatiner-Mischling, der aus schlechter Haltung stammt. Er muss erst alles nachholen, was er bis jetzt versäumt hat. Deshalb ist er noch sehr ungestüm und muss erst erzogen werden. Er sollte darum auch nur zu Hundekennern kommen.



Kira ist eine Mischlingshündin, die sich leider im alten Zuhause nicht mit dem zweiten Hund vertragen hat. Sie ist sehr anhänglich, gelehrig und brav, sollte aber auf einen Einzelplatz kommen. Sie ist 4 Jahre alt und braucht genügend Auslauf.



Shiela: Die ca. 9 jährige, freundliche belgische Schäferhündin Shiela ist sehr lebhaft und möchte arbeiten. Sie braucht sowohl körperliche als auch Kopfauslastung. Dann ist sie aber gelehrig und möchte einem alles Recht machen. Leider mag sie keine anderen Vierbeiner.



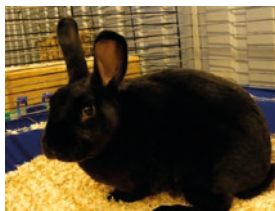
Leo: Der Schnauzermischlingsrüde Leo ist ca. 5 Jahre alt und stammt aus einer schlechten Haltung. Er ist manchmal etwas gestresst, wenn Fahrzeuge schnell an ihm vorbeifahren. Ansonsten ist er aber sehr aufmerksam und geht brav an der Leine. Er sollte auf einen Platz kommen, wo man schon Erfahrung hat mit Hunden.



Karla: Die Katzendame Karla ist kastriert und kam ursprünglich als Findling ins Tierheim. Die Wartefrist ist nun vorbei und deshalb sucht sie ein gutes neues Zuhause.



Timmy: Der sehr große Kaninchenrammler Timmy ist kastriert und stammt aus einer nicht artgerechten Haltung. Er braucht unbedingt einen Platz in einem großen Freigehege mit täglich viel frischem Grünzeug und natürlich Artgenossen.



Ozzie: Der hübsche Ozzie (ca. 1 Jahr alt) ist ein kastrierter, mittelgroßer Rammler, der aus unkontrollierter Vermehrung stammt. Er wünscht sich einen Platz in einem Freigehege mit Artgenossen.



Werner Murgg für günstige für Senioren-Jahreskarte

Pensionisten erhalten im Steirischen Verkehrsverbund eine Ermäßigung von 38 Prozent auf den Kauf von Einzeltickets. Das geht nur mit der die ÖBB-Vorteilskarte um 29 Euro. Ein Pensionistenausweis reicht nicht. Pensionistinnen unter 63 sind von der Ermäßigung ausgeschlossen.

In Salzburg gibt es ein Jahresticket für Senioren um 299 Euro. In Wien gibt es eine Jahresnetzkarte für Pensionisten um 235 Euro. In Tirol um 250 Euro. ÖBB-Vorteilskarte ist nicht nötig.

In der Steiermark kostet eine Jahreskarte für das Bundesland 2.160 Euro. Eine Seniorenermäßigung gibt es nicht.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg forderte von der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass künftig auch in der Steiermark eine stark vergünstigte Senioren-Jahreskarte für den Verkehrsverbund Steiermark angeboten wird. Außerdem soll die Seniorenkarte im Verbundsystem von der ÖBB-Vorteilscard losgelöst werden.

Wo Ferien noch Ferien sind

Schöne Ferienwohnungen Nähe Bad Radkersburg zu vermieten. Natur pur. 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.

3 Komfort-Ferienwohnungen

(93 bzw. 63 qm) für 2 – 5 Personen, nicht teuer.

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at>

Tel. 03476/ 20525 oder 0650 /32 87 730



Die EU
kommt
uns zu
teuer!



www.euroexit-org

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden.
Mit Rat und Tat!

KPO
wirkt!

Wir beraten Sie gerne.

Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

Ferien mit Kinderland – Sommerferien 2018

Lachende Gesichter und strahlende Kinderaugen sind das Allerschönste auf der Welt. Viele neue Freundschaften die geknüpft werden und mitzuerleben, wie lange die Freundschaften über Jahre hinweg halten. Freundschaften, die langsam zu einer Kinderlandfamilie werden. Das sind die Gründe, warum viele Kinder und Erwachsene immer wieder ins Kinderland Feriendorf

am Turnersee in Kärnten fahren.

Kinder, die schon lange Jahre mitfahren und sich jedes Mal am letzten Tag schon aufs nächste Jahr freuen, aber auch Kinder, die zum ersten Mal dabei sind und trotzdem nach wenigen Stunden oder Minuten schon dazu gehören, als wären sie seit Jahren dabei.

In unseren diesjährigen Ferienwochen voller Spaß, Action und Gemeinschaft, war genau



das heuer besonders deutlich mitanzusehen. Individuelle Gruppenprogramme aber auch Zentralprogramme wurden auf die Kinder abgestimmt und sie durften natürlich auch selbst mitbestimmen, was gemacht wurde.

Neben Programmen für die gesamte Heimgemeinschaft wie Talentshows, Discos oder Friedensfest gab es auch viel Zeit, sich mit verschiedenen Ballspielen wie Volleyball, Fußball, Ball über die Schnur, Basketball, oder Tischtennis sportlich zu betätigen. Für kreative Köpfe war mit Schmuck basteln, Zeichnen, Knüpfen oder Singen natürlich auch vieles dabei.

Zusätzlich zu Wanderungen oder einem Nachtgeländespiel war der Besuch der Walderlebniswelt in Klopein ein zusätzliches Highlight im heurigen Sommer.

Die Kinder haben sich zu jedem Programm etwas Besonderes einfallen lassen und sehr motiviert beim Programm teilgenommen und dieses somit auch auf ihre Art und Weise mitgestaltet.

Wir hoffen auch weiterhin so viele Kinder in unseren Ferienaktionen begrüßen zu dürfen und freuen uns bereits auf das kommende Jahr.

Weitere Fotos, Filme und Informationen unter:

www.kinderland-steiermark.at/

**kinderland**
Steiermark



SOMMERHITS FÜR FERIENKIDS

KOMM MIT INS FERIENLAND!



für Kinder von
6 bis 15 Jahren

Rasch anmelden auf
www.kinderland-steiermark.at

1-2 ODER 3

Wochen möglich!

Auskunft und Anmeldung:

**kinderland**
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz

Tel.: 0316/82 90 70

Fax: 0316/82 90 70-2

office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at

Feriendorf Turnersee
vom 08. Juli bis 11. August

Beratung im Kinderland-Ferienbüro
Graz, Mehlplatz 2/2. Stock,

Tel. 0316/82 90 70

Mo – Fr von 9 – 14 Uhr,

E-Mail: office@kinderland-steiermark.at

G R A Z



Das Land
Steiermark